

MoPo 20.10.05

## **Woba-Verkauf: Kippt das Bürgerbegehren?**

Das Bürgerbegehren „Woba erhalten“ droht zu scheitern: Nach der Hälfte der Zweimonatsfrist (bis 17. November) sind erst ein Bruchteil der benötigten 63000 gültigen Unterschriften zusammen. Die Gegner des Komplettverkaufs der Woba wissen: „Wir müssen Gas geben.“

Einen Monat lang sammeln die Initiatoren des Bürgerbegehrens bereits Unterschriften. DGB, SPD, PDS, Grüne und Mieterverein wollen den vom Stadtrat im Juli beschlossenen Komplettverkauf der Woba verhindern. Stattdessen sollen maximal 49 Prozent der städtischen Wohnungsgesellschaft veräußert werden. Jetzt sickerte durch – es sind erst rund 7000 Unterschriften beisammen.

Dresdens DGB-Chef Ralf Hron: „Ich kann diese Zahl nicht bestätigen. Klar ist aber, es sind bisher deutlich zu wenig.“ Die beteiligten Organisationen sammeln – bei der Basis, auf Straßen und in Einkaufszentren. Hron: „Es sind etwa 20 000 Listen im Umlauf. Wir müssen jetzt zusehen, dass diese ins DGB-Haus am Schützenplatz zurückkommen.“ Allerdings gibt es da ein entscheidendes Problem. Hron: „Wir wissen nicht, wo die Listen überall sind. Bitte bringen Sie die Listen zu mir.“ Trotzdem ist Hron guter Hoffnung, dass es am Ende doch noch für einen Bürgerentscheid reicht. Die Dresdner können dann entscheiden, ob die Stadt die Woba komplett oder teilweise verkauft. In der Morgenpost nennen die Gegner und die Befürworter des Komplettverkaufs ihre Argumente.

Pro: Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann (CDU): „Es gibt keine Alternative zum 100-prozentigen Verkauf der Woba.“

- Nur mit dem geplanten 650 Millionen Euro Verkaufserlös wird der Haushalt entlastet – und zwar mit 40 bis 50 Mio. Euro pro Jahr durch Schuldentilgung (geringere Zinsbelastung)
- Weitere Einschnitte in den Bereichen Soziales, Kultur, Sport und bei den Ortsämtern könnten verhindert werden. Bei einem 49-prozentigen Verkauf müssten jährlich 25 bis 30 Mio. Euro eingespart werden – das wäre etwa die Hälfte der Kosten für Kitas oder Busse und Bahnen.
- Ohne Woba-Verkauf gäbe es kein neues Stadion
- Die 17 Prozent der Dresdner, die in Woba-Wohnungen wohnen, wären durch die Sozialcharta als Mieter besser gestellt als die übrigen Dresdner. Was in zehn Jahren damit ist, ist ein eventuelles Risiko – das würde bei einem Minderheitenverkauf durch die genannten realen Einschnitte ersetzt.

Contra: DGB-Chef Ralf Hron: „Ein vollständiger Woba-Verkauf mit Sozialcharta ist nur der zweitbeste Schutz für die Mieter.“

- Die Stadt raubt sich ihrer sozialen Steuerungsmöglichkeiten - was kommt nach den zehn Jahren Mieterschutz?
- Mehr als jeder zehnte Dresdner ist durch Hartz IV auf sozialen Wohnraum angewiesen.
- Fondsgesellschaften als Käufer bieten keinen definitiven sozialen Schutz, sie sind ihren Besitzern zur Rendite verpflichtet.
- Der 100-prozentige Verkauf zieht eher Spekulanten an als ein Minderheitenverkauf.
- Kurzfristige Veräußerung von Bürgereigentum birgt langfristig Gefahren – was kommt beim nächsten Finanzproblem?
- Die jährliche Gewinnausschüttung der Woba von rund zehn Millionen Euro an die Stadt würde komplett entfallen.

- Der Verkauf ist eine so wichtige Entscheidung für Dresden, darüber müssen die Bürger selbst entscheiden können.

Mopo 20.10.05

Kommentar

Meine Meinung

### **Wo bleibt der Aufstand? von Gerhard Jakob**

Der Vorgang müsste eigentlich das Zeug haben, einen mittelgroßen Aufstand in Dresden auszulösen: Die Stadt versilbert ihr Allerheiligstes – zehntausende Wohnungen an wen auch immer. Und keinen regst auf.

Schon seltsam. Wenn es auch für viele zum guten Ton gehörte, gegen die Woba zu wettern – irgendwie vermittelte sie den Dresdnern eben doch ein gehöriges Maß an Sicherheit. Denn der gewaltige Wohnungsbestand gehört bislang eben nicht irgend jemand, sondern über die 100-prozentige Tochter der Stadt uns allen. Als kommunales Unternehmen ist die Woba eben nicht der gnadenlosen Gewinnmaximierung verpflichtet, sondern der Fürsorge und Grundversorgung der Dresdner mit Wohnraum. und in der Not konnte man immer noch den Stadtrat als Kontrollgremium einschalten. Mit der Totalprivatisierung ist das alles weg – unwiederbringlich. Was da über Jahrzehnte an Wohnraum geschaffen wurde, werden wir nie zurückkaufen können, sollte in Dresden mal der Sinneswandel einsetzen.

Und die schönen 650 Millionen Euro, die wir angeblich dafür kriegen? Ein Nullsummenspiel für Dresden – im besten Falle. Denn wer immer so viel Geld ausgibt, der will das auch wieder reinholen – möglichst schnell und mit einer satten Rendite obendrauf. Das geht entweder über höhere Mieten oder über gewinnträchtiges Weiterverkaufen. Das aber würde den Verwertungsdruck für den nächsten Käufer nur noch erhöhen. So sind die Gesetze des Marktes. Auch noch so eine gute Sozialcharta kann die auf Dauer nicht außer Kraft setzen – Wasser fließt nun mal nicht den Betg nach oben.

Wieso lässt die Dresdner im allgemeinen und die Woba-Mieter im Besonderen der geplante Verkauf so kalt? Ist es die vermeintliche Sicherheit der „Sozialcharta“? Das abhanden gekommene Gespür von bezahlbarem Wohnraum? Oder fügen sie sich einfach dem Argument, dass Dresden wegen seiner Schuldenlast gar keine andere Wahl bleibt, als „Tafelsilber“ in klingende Münze zu tauschen?

Wie auch immer die Dresdner zum Woba-Verkauf stehen: Sie sollten sich bewusst für ein Bürgerbegehren einsetzen. Damit später keiner sagen kann: „Die Politiker warens!“

DNN 20.10.05

### **Initiative „Woba erhalten“ ist mit 30 000 Listen auf Stimmenfang**

Dresden. Die Gegner eines Komplettverkaufs der Woba Dresden sind derzeit mit 30 000 Listen auf Stimmenfang. Das sagte André Schnabel von der Initiative „Bürgerbegehren Woba erhalten!“. Bis 17. November sollen 60 000 gültige Unterschriften gesammelt sein. Derweil prüft das Regierungspräsidium die Zulässigkeit des Begehrens.

„Schließlich hängt die Planung des Haushaltes der Stadt Dresden für 2006 davon ab.“, so RP-Sprecher Holm Felber. Seite 13

DNN 20.10.05

Regierungspräsidium prüft Zulässigkeit des Begehrens

### **Offensive der Woba-Initiative**

Die Gegner eines Komplettverkaufs der Woba gehen in die Sammeloffensive. „Wir haben 30 000 Unterschriftenlisten im Umlauf. In den nächsten Wochen soll sich diese

Zahl verdoppeln“, sagte André Schnabel, Chef der Initiative „Bürgerbegehren Woba erhalten!“. Bis 17. November sollen 60 000 gültige Unterschriften gesammelt sein. Täglich von 16 bis 19 Uhr außer sonntags gibt es einen Infostand vor dem Eingang zur Altmarkt-Galerie am Külz-Ring. „Hier erhalten wir pro Tag im Schnitt 200 Unterschriften“ so Schnabel. Hinzu kommen Aktionen der Partner, wie zum Beispiel der SPD mit den Stadträten Peter Lames und Sabine Friedel gestern vor dem Ortsamt in Leuben. Laut Schnabel liegen Listen in Geschäften sowie Räumen der Arbeiterwohlfahrt, Begegnungsstätten und Verbraucherzentren aus. Der Rücklauf sei derzeit noch nicht erfasst.

Doch ob das Bürgerbegehren zulässig ist, erscheint fraglich. Der Grundsatzbeschluss zum Woba-Komplettverkauf sei am 14. Juli gefällt worden, die zweimonatige Einspruchsfrist abgelaufen. Das Begehren sei unzulässig, so Ralf Tostmann von der Verwaltung.

„Stimmt nicht“, entgegnet die Totalverkaufsgegner. Der Beschluss beziehe sich auf die Bürgerversammlungen und die Sozialcharta. Darüber habe der Stadtrat erst am 22. September befunden. Damit laufe die Sammelfrist erst ab diesem Zeitpunkt. Jetzt prüft auch die Rechtsaufsicht die Zulässigkeit. Das bestätigte der Sprecher des Regierungspräsidiums, Holm Felber, auf DNN-Anfrage. Noch im November soll ein Ergebnis vorliegen.